

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Tatge und der Fraktion DIE GRÜNEN**  
**— Drucksache 10/3708 —**

**Unabhängige Verbraucherberatung in der Bundesrepublik Deutschland (I)**

*Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für  
Wirtschaft – II D 3 – 30 08 09/1 – hat mit Schreiben vom 27. August  
1985 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt  
beantwortet:*

1. In welchem Umfang werden
  - a) die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV),
  - b) die Verbraucherzentralen (VZen),
  - c) der Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten (AID),
  - d) die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA),
  - e) die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) und
  - f) die Stiftung Verbraucherinstitutaus öffentlichen Mitteln finanziert? Welchen Anteil haben diese  
Zuwendungen an der Gesamtfinanzierung dieser Organi-  
sationen?

Die öffentlichen Zuwendungen betrugen im Haushaltsjahr 1984  
(in TDM):

— Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) e. V.

- a) institutionelle Förderung: 4 096
- b) Projektförderung: 3 557
- c) Anteil der öffentlichen Mittel an der Gesamtfinanzierung:  
95,6 %

— Verbraucherzentralen (VZ'n)

- a) institutionelle Förderung  
Bund: 5 614  
Länder: rd. 15 200 zuzüglich rd. 1 500 von Gemeinden
- b) Projektförderung: 3 883
- c) Anteil der öffentlichen Mittel an der Gesamtfinanzierung:  
rd. 94 %

- Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten e. V. (AID)
  - a) institutionelle Förderung: 7 077 (davon 3 750 für Verbraucherinformation)
  - b) Projektförderung: 254
  - c) Anteil der öffentlichen Mittel an der Gesamtfinanzierung: rd. 95 %
- Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE)
  - a) institutionelle Förderung: 3 319
  - b) Projektförderung: 373
  - c) Anteil der öffentlichen Mittel an der Gesamtfinanzierung: ca. 76,5 %
- Stiftung Verbraucherinstitut (VI)
  - a) institutionelle Förderung: 1 777
  - b) Projektförderung: 108
  - c) Anteil der öffentlichen Mittel an der Gesamtfinanzierung: 98,6 %

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) ist kein Zuwendungsempfänger, sondern eine dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit nachgeordnete Behörde in Form einer nicht rechtsfähigen Bundesanstalt. Der Umfang der zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel ergibt sich aus dem Bundeshaushaltsplan, Einzelplan 15 Kapitel 15 04. Die gestellten Fragen und die folgenden Antworten treffen daher auf die BzgA nicht zu.

2. Ist die Vergabe der Gelder durch den Bund an Auflagen bzw. an Bedingungen geknüpft? Wenn ja, an welche?
- 2.1 Trifft es zu, daß das finanzierende Bundesministerium die Ausschreibung von Arbeitsstellen und damit die Arbeitsplatzbeschreibung direkt oder indirekt (durch Genehmigung) mitbestimmt? Wenn ja, in welchen Fällen wurde bisher davon Gebrauch gemacht?
- 2.2 Trifft es zu, daß das jeweils zuständige Bundesministerium Mitspracherecht über die Art und den Umfang der Veröffentlichungen der o. g. Organisationen hat?
- 2.2.1 Hat es davon in der Vergangenheit Gebrauch gemacht?
- 2.2.2 Wenn ja, bei welchen Veröffentlichungen und Veranstaltungen, bei welcher Organisation?
- 2.2.3 Hat die Bundesregierung oder ein Bundesministerium/Bundesamt interveniert, um bestimmte Veröffentlichungen und Veranstaltungen zu unterbinden? Wenn ja, welche?
- 2.3 Trifft es zu, daß seitens der zuständigen Bundesministerien eine Einspruchsmöglichkeit bezüglich der vertretenen verbraucherpolitischen Inhalte in den verbandsinternen Medien besteht? Wenn ja, wurden sie in der Vergangenheit wahrgenommen und in welchen Fällen?

Zuwendungen an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung unterliegen den allgemeinen Bestimmungen des Haushaltsrechts. Die Bewilligungsbehörden sind danach verpflichtet, auf die zweckentsprechende Verwendung der Ausgaben zu achten, bei institutioneller Förderung also auf Einhaltung der Satzung, bei Pro-

jektförderung auf Übereinstimmung mit den im Zuwendungsbescheid vorgegebenen Bedingungen und Auflagen [vgl. Vorl. VV zu §§ 44, 44 a Bundeshaushaltsordnung, Allgemeine Nebenbestimmungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I) und Allgemeine Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P)]. Im Hinblick auf diese Pflichtenlage ist es gelegentlich erforderlich, auf die Gestaltung von Publikationen und Veranstaltungen Einfluß zu nehmen.

Arbeitsplatzbeschreibungen und Stellenausschreibungen bedürfen keiner Genehmigung durch den Zuwendungsgeber. Bei institutioneller Förderung muß sich der Zuwendungsempfänger allerdings grundsätzlich an den vom Deutschen Bundestag genehmigten Stellenplan halten.

3. Welche Instanzen wie Parteien, Kirche, Gewerkschaft, Industrie nehmen nach Kenntnis der Bundesregierung auf die verbraucherpolitischen Zielsetzungen der o.g. Organisationen Einfluß bzw. sind in entsprechenden Gremien vertreten?
- 3.1 Wie sind nach Kenntnis der Bundesregierung derartige Gremien der unter Frage 1 genannten Organisationen zusammengesetzt?

Den unter 1. aufgeführten Organisationen und deren Gremien gehören Vertreter einer Vielzahl von gesellschaftlichen Gruppierungen an. Einzelheiten ergeben sich aus der jeweiligen Satzung. Ob und inwieweit diese Personen Einfluß auf die verbraucherpolitischen Zielsetzungen dieser Organisationen nehmen, entzieht sich der Kenntnis der Bundesregierung.

- 3.2 Sind Funktionsträger des Bundes dabei vertreten?

AgV:           nein  
VZ'n:         nein  
AID:          ja  
DGE:          ja  
Stiftung VI:  ja, aber nur als Gast, ohne Stimmrecht.

4. Insbesondere die AgV ist als Interessenorganisation der Verbraucher an der politischen Willensbildung beteiligt.  
  
In welchem Umfang ist die AgV bei den gesetzgebenden Maßnahmen der Bundesregierung mit einbezogen, und wie werden ihre Positionen berücksichtigt?

Der AgV wird bei gesetzgebenden Maßnahmen der Bundesregierung mit verbraucherpolitischem Bezug Gelegenheit zur Stellungnahme gemäß den Bestimmungen der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien, Besonderer Teil (GGO II), gegeben.

- 4.1 In welchen Ausschüssen, Kommissionen und sonstigen Arbeitsgruppen (AG) des Bundes ist die AgV als ständige Vertreterin geladen, und wen haben die Bundesregierung bzw. die jeweils zuständigen Bundesministerien für die AgV berufen?

- 4.1.1 In welchen Fällen wird sie von den zuständigen Referenten der AgV vertreten?

Die AgV ist ständiges Mitglied im

- Sachverständigenausschuß für Apothekenpflicht sowie im
- Sachverständigenausschuß für Standardzulassungen.

Angehörige der AgV und ihrer Mitgliedsorganisationen gehören darüber hinaus anderen Gremien ad personam an.

Bei den o. g. ständigen Mitgliedschaften wird die AgV derzeit nicht von den zuständigen Referenten vertreten: Im Ausschuß für Apothekenpflicht ist die ehemals zuständige Referentin Mitglied; in den Ausschuß für Standardzulassungen ist auf Vorschlag der AgV wegen der speziellen Fachkenntnisse ein Mediziner berufen.

- 4.2 In welchen Gremien wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im letzten Jahr in der EG Sachverständige durch die AgV benannt?

Nach Kenntnis der Bundesregierung hat die AgV keine Sachverständige für EG-Gremien benannt.

- 4.3 Hat die Bundesregierung bei der AgV interveniert, um die Änderung der ausführlichen Stellungnahmen der AgV gegen die Erteilung einer Ausnahmeregelung zur ionisierenden Bestrahlung von Gewürzen und gegen die Fluoridierung von Trinkwasser zu erreichen?

Nein.

- 4.4 Die AgV ist nun in eine AG zur Beurteilung gefährlicher Stoffe im Rahmen der Gefahrstoff-VO aufgenommen worden. Trifft es zu, daß als Sachverständiger der AgV der Hauptgeschäftsführer entsandt werden wird?

Über die personelle Vertretung wird die AgV zu gegebener Zeit selber entscheiden. Im übrigen ist die Gefahrstoff-VO von der Bundesregierung noch nicht verabschiedet worden.

5. Für die Darstellung der AgV in der Öffentlichkeit sowie bei der Interessenvertretung gegenüber Industrie- und Anbieterseite ist der Themenbereich Gesundheit von zunehmender Bedeutung. Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß nach dem Ausscheiden der langjährigen AgV-Gesundheitsreferentin im Jahr 1980 diese Stelle inzwischen viermal neu besetzt werden mußte?

Ja. Die drei Vorgänger der jetzigen Stelleninhaberin sind aber auf eigenen Wunsch ausgeschieden.

- 5.1 Ist der Bundesregierung bekannt, daß gegen die derzeitige Gesundheitsreferentin innerhalb von sechs Monaten der dritte Kündigungsversuch gestartet wurde?

Ja.

- 5.2 Sind der Bundesregierung weitere politische Disziplinierungsversuche von Mitarbeitern der unter Frage 1 genannten Organisation bekanntgeworden?

Der Bundesregierung sind keine politischen Disziplinierungsversuche bekannt.

6. Trifft es zu, daß dem AgV-Bereich Gesundheit eine zweite Referatsstelle nach dem Ausscheiden der damaligen Referentin vom Bundeswirtschaftsministerium gestrichen wurde? Wenn nein, wann soll sie wiederbesetzt werden?

Ja. Nach Verabschiedung des AgV-Wirtschaftsplans 1982 durch den Deutschen Bundestag konnte aus Gründen der Haushaltskonsolidierung die erste freiwerdende Stelle der Vergütungsgruppe II a BAT nicht wiederbesetzt werden (Kw-Vermerk).

- 6.1 Vertritt die Bundesregierung die Meinung der Fraktion DIE GRÜNEN, daß das Gesundheits- und Umweltbewußtsein der Verbraucher und damit auch die entsprechenden Anfragen bei den Verbraucherverbänden gestiegen sind?

Die Bundesregierung begrüßt es, daß das Gesundheits- und Umweltbewußtsein der Verbraucher zugenommen hat. Sie geht davon aus, daß damit auch die Anfragen bei Verbraucherorganisationen zugenommen haben.

- 6.2 Wenn ja, warum wird die Bundesregierung dem nicht durch Aufstockung der entsprechenden Personalmittel gerecht?
- 6.2.1 Ist die Bundesregierung bereit, zusätzliche Finanzmittel für eigenständige Referate Umweltschutz bei der AgV, bei der Stiftung Verbraucherinstitut und weiteren unter Frage 1 genannten Organisationen bereitzustellen? Wenn nein, warum nicht?

Eine Aufstockung von Personalmitteln bei den Verbraucherzentralen ist Sache der Länder. Die Bundesmittel zur institutionellen Förderung wurden auf Beschluß des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 2. Juli 1980 aus finanzverfassungsrechtlichen Gründen auf den Stand von 1981 festgeschrieben.

Wegen der Notwendigkeit zur schrittweisen Konsolidierung des Bundeshaushalts sind Personalverstärkungen derzeit in dem angesprochenen Bereich nicht möglich. Die Zuwendungsempfänger müssen daher durch Prioritätensetzung und erforderlichenfalls durch interne Umschichtung neuen oder veränderten Bedürfnissen und Anforderungen Rechnung tragen.





